

Werner Mesnaric  
Dieselstr. 31  
91074 Herzogenaurach  
Mob. 0178/45 27 425  
[Werner.Mesnaric@t-online.de](mailto:Werner.Mesnaric@t-online.de)



Herzogenaurach, 5.7.2021

## Pressemitteilung zum Flaggentag am 8.7.2021

Ich freue mich, dass sich unser Bürgermeister Herr Dr. Hacker wieder am Flaggentag beteiligt und zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag aufruft. Damit zeigt er Flagge gegen diese grausamen, illegalen Massenvernichtungswaffen. Ergänzend zu seinen Ausführungen möchte ich im Namen der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) auf folgende Punkte hinweisen:

Es gibt ein drittes Ereignis, das sich dieses Jahr jährt. Der 16. Juni ist der 25. Jahrestag des Beginns der Proteste in Büchel in der Eifel. Dort lagern illegal, völkerrechtswidrig Atomwaffen. Unsere Bundeswehr übt dort den Abwurf dieser Atombomben.

Trotz des Verbotsvertrags soll der Atomwaffenstützpunkt nun von Juni 2022 bis Januar 2026 für **259 Millionen € ausgebaut** werden. Diese Baumaßnahmen dienen der Vorbereitung der Stationierung der neuen U.S.-Atombomben vom Typ B61-12. Die bisherigen Atombomben B-61 sind dumme "Fallbomben", die neuen B-61 12 sind dagegen lenkbar, zielgenauer durch GPS, bunkerbrechend bis 6m Beton und haben eine größere Reichweite (mind. 28 km, reichweitengesteigert 72 km). Die B61-12 soll eine selektierbare Sprengkraft von 0,3/1,5/10/50 kT besitzen und damit in der höchsten Stufe eine größere Sprengkraft haben als die Hiroshima Bombe, die 13 kT Sprengkraft hatte.

Daher handelt es sich um die **bedeutendste nukleare Aufrüstung Deutschlands seit der Nachrüstung Anfang der 80er Jahre**. Zusätzlich steht die Entscheidung über die Anschaffung **neuer Atombomber** aus den USA an, die mit **acht Milliarden €** veranschlagt wird.

Dieser Irrsinn muss gestoppt werden. Folgen wir dem Beispiel Österreichs, das bereits 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert hat. **92% der Deutschen befürworten** dies nach einer repräsentativen Meinungsumfrage im Juli 2020. Auch über 100 deutsche Städte und vier Bundesländer haben die Bundesregierung aufgefordert, dem Vertrag beizutreten.